

**BESCHLUSS DES FORUMS DER GLOBAL PARLIAMENTARIANS ON HABITAT (GPH) WÄHREND DER 22. TAGUNG DES GOVERNING COUNCIL IN NAIROBI AM 1. APRIL 2009.**

WIR, die Mitglieder der Parlamente, die im Rahmen des GC 22 am Forum der Global Parliamentarians on Habitat (GPH) teilnehmen, in den UN-Gebäuden in Nairobi.

BEZIEHEND unser Mandat aus Absatz 2 der Resolution 16/12 vom 7. Mai 1997 des Governing Council und auf Artikel 64 und 65 des Governing Council, die es den GPH ermöglichen, Empfehlungen zu einem geeigneten Zeitpunkt als Beiträge zu den Beratungen des GC zu geben.

IN ANERKENNUNG des wichtigen Themas "promoting Affordable Housing finance systems in an urbanizing world in the face of global financial crisis and climate change" der 22. Tagung des GC.

BEGRÜßEN die Eignung dieses Themas in der heutigen globalen Finanzkrise, die die Herausforderungen an den Lebensraum wie z.B. Armut und Arbeitslosigkeit eskalieren lassen.

NOTIEREN UNS, dass viele Familien, die ihr Zuhause verloren haben aufgrund der Unfähigkeit, ihre Hypotheken-Verpflichtungen zu erfüllen, welches der Entstehungsgrund der gesamten Finanzkrise ist.

NOTIEREN AUCH die schnelle Urbanisierung und die beklagenswerten Lebensbedingungen der Menschen, vor allem der Menschen, die in Slums leben, die sich durch Staus, Luftverschmutzung, Abholzung und Überschwemmungen auszeichnen und welche Druck auf den Klimawandel ausüben, der sich auf die Umwelt auswirkt und welcher die schnelle Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele behindert,

IN ANERKENNUNG der bisherigen Bemühungen der wichtigsten Beteiligten, einschließlich UN-HABITAT, den G20-Gipfel, die schwächenden Auswirkungen der

weltweiten Finanzkrise anzusprechen, und mildernde Vorschläge zur Behebung der Situation zu machen,

WISSEND von den Maßnahmen, die unternommen worden sind, um diese Bedrohung durch die Umorganisation und die Regulierung der Banken und anderen Finanzinstituten, die einen direkten Einfluss auf die Hypotheken- und Wohnungsfinanzierung für den Wohnungsbauentwicklung haben, anzugehen.

IN ANERKENNUNG der Tatsache, dass diese unerwünschten Situationen mutige Regierungsmaßnahmen und Interventionen von allen Beteiligten, einschließlich der Zivilgesellschaftlichen Organisationen, erfordert.

Und angesichts der zentralen Rolle der Parlamentarier in den Interventionen der Gesetzgebung und der Vertretung,

**Beschließen wir hierbei Folgendes zu unternehmen:**

1. Den Wohnungsbau ganz oben auf die nationale Tagesordnung zu setzen, damit die Millenniums-Entwicklungsziele rechtzeitig verwirklicht werden können.
2. Politik und institutionelle Rahmenbedingungen zur Förderung der Finanzierung von Wohnungsbau und der ordnungsgemäßen Planung von Städten und städtischen Gemeinden für die rechtzeitige Durchführung der Wohnungsbauprogramme zu unterstützen.
3. Die Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten, regionalen und lokalen Behörden, zu stärken, um eine Regulierung und eine gute Regierungsführung von Städten für ein besseres Leben der Menschen sicherzustellen.
4. Unsere Regierungen durch Fragen an die Minister, die Einreichung von Anträgen, die Unterstützung von Anträgen von Privatpersonen und die Änderung veralteter Wohnungs- und Umweltgesetze verantwortlich zu halten.

5. Uns stark zu machen und die Flächennutzungsbestimmungen anzugehen und die notwendigen Maßnahmen gegen massive Zwangsräumungen zu treffen.

### **Wir empfehlen dem Governing Council weiterhin**

1. die Mitgliedstaaten aufzufordern, sich an die internationalen Arbeitsgesetze zu halten und Maßnahmen zu entwickeln, um massive Entlassungen von Beschäftigten vor allem im privaten Sektor vorzubeugen.

2. Die Zusammenarbeit zwischen UN-HABITAT und den Parlamentariern zu stärken, um Kapazitätsmängel zu beheben und Informationen zu teilen, damit die Habitat-Agenda vollständig umgesetzt werden kann.

3. UN-HABITAT zu bewegen, die Beschaffung von Mitteln für die Sanierung von Slums und Siedlungen verstärkt zu betreiben und die Mitgliedstaaten aufzufordern, das gleiche zu tun.

4. Die Vergabe von Preisen von UN-HABITAT an Städte, die gute Ergebnisse erzielt haben, zu fördern, als eine Möglichkeit, eine gute Regierungsführung zu fördern und die von Ländern nachgemacht werden kann, indem sie als Vorbild und Best-Practise-Beispiel dient.

5. Regierungen aufzufordern, ebenso motivierende Anlagen und Anreize für den Wohnungsbau in ländlichen Gebieten anzubieten, um Staus aufgrund von Land-Stadt-Migration zu vermeiden.

6. Engagement in der Umkehr der negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung und des Klimawandels zu zeigen, um positive Veränderungen unabhängig von vergangenen Handlungen und Unterlassungen, die zu diesem Phänomen geführt haben, zu bewirken.